

Industrielle Mobilitätsforschung in der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung*

Untersuchungen zum Standortwahlverhalten von Industriebetrieben sind seit mehr als zwei Jahrzehnten ein fester Bestandteil der Eigenforschungsarbeiten der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung. Diese Untersuchungen setzten bereits mit dem Jahre 1955 ein und sind seither in ununterbrochener Folge weitergeführt worden. Im vergangenen Sommer wurde zudem von der BfLR ein um-

fangreicher Forschungsband¹ vorgelegt, der in Form einer Literaturdokumentation und einer annotierten Bibliographie einen Überblick über das Schrifttum industrieller Mobilitätsforschung gibt sowie anschließend das in der BfLR gesammelte Datenmaterial für die fünfundzwanzigjährige Beobachtungsperiode von 1955 bis 1979 einheitlich systematisiert und neu auswertet. Zwischenzeitlich ist eine weitere periodische Veröffentlichung über die Jahre 1980 und 1981² erschienen, so daß nunmehr Ergebnisse über eine Zeitreihe von 27 Jahren vorliegen. 27 Jahre sind an sich noch kein Grund für einen Rückblick, wäre nicht die Untersuchungsreihe mit dieser letzten Veröffentlichung eingestellt worden.

Die Untersuchungen zum Standortwahlverhalten gehen auf eine Anregung des Sachverständigenausschusses für Raumordnung zurück, der für ein Gutachten eine Analyse der jüngeren Betriebsstandortentscheidungen benötigte. Damit war der Grundstein für die enge Kooperation zwischen der Bundesforschungsanstalt³, dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung sowie der Bundesanstalt für Arbeit⁴ gelegt. In diesem „Dreiecksverhältnis“ fungierte der BMA als Auftraggeber und Herausgeber der Untersuchungen, die Bundesanstalt für Arbeit erhob die Daten über die Arbeitsämter aus deren Geschäftsunterlagen, und die Bundesforschungsanstalt lieferte die entsprechenden Auswertungen. So entstand eine Untersuchungsreihe, die sich in erster Linie an Vertreter der Arbeitsmarktpolitik, der Wirtschaftspolitik und der Raumordnungspolitik wandte, deren Adressaten daneben jedoch auch in der universitären und außeruniversitären Forschung zu finden waren.

Die Untersuchungsreihe „Die Standortwahl der (Industrie-) Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland“ umfaßt elf periodische Einzelveröffentlichungen, deren Aufbau sich im Zeitablauf mehr oder weniger veränderte. Im Mittelpunkt der Einzeluntersuchungen standen bis 1969 zunächst zu dreijährigen, später zu zweijährigen Untersuchungsperioden zusammengefaßte einzelbetriebliche lagerrichtige Kartierungen der Neuerrichtungs- und Verlagerungsfälle nach Betriebsgrößenklassen und Branchen im Maßstab 1 : 1 Mill., ergänzt von einem knappen erläuternden Begleittext und einigen wenigen Statistiken. Mit dem Vordringen der EDV-unterstützten Datenaufbereitung wurde es möglich, auch vielschichtig gegliederte Statistiken in den Vordergrund der Analyse zu rücken. Für die Perioden von 1970 bis 1975 erfolgten einzelbetriebliche lagerrichtige Kartierungen von Ansiedlungen und nun auch von Stilllegungen im kleineren Maßstab 1 : 1,5 Mill., die allerdings ab 1976 aufgrund der verschärften Datenschutzbestimmungen von zusammenfassenden kleinmaßstäblichen

* Zum Abschluß der Veröffentlichungsreihe „Die Standortwahl der Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)“.

1 Schliebe, Klaus: Industrieansiedlungen. Das Standortwahlverhalten der Industriebetriebe in den Jahren von 1955 bis 1979. – Bonn 1982. = Forschungen zur Raumentwicklung, Bd. 11.

2 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Die Standortwahl der Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West). Neuerrichtete, verlagerte und stillgelegte Betriebe in den Jahren 1980 und 1981. – Bonn 1982.

3 Damals: Institut für Raumforschung (seit 1967: Institut für Raumordnung) als eine der beiden Rechtsvorgängerinnen der heutigen Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung.

4 Damals: Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

kartographischen Darstellungen abgelöst wurden. Zunehmenden Raum nahmen von nun an die Statistiken ein, für die schließlich eine Darstellung gewählt wurde, die dem Leser nicht nur jahresweise aufgeschlüsselte Informationen über die betreffende Untersuchungsperiode vermittelten, sondern gleichzeitig die Entwicklungstendenzen über die zurückliegenden Perioden offenlegten. Eine weitere grundlegende Veränderung erfolgte noch einmal im Jahre 1979, als die Untersuchung auf alle nicht-landwirtschaftlichen Betriebe ausgedehnt wurde. Rein äußerlich kommt diese Erweiterung im neuen Titel „Die Standortwahl der Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland“ zum Ausdruck.

Bei der Beurteilung der Untersuchung muß man sich bewußt sein, daß es sich bei allen Aussagen nur um Tendenzdarstellungen des Standortwahlverhaltens handeln konnte, allerdings um Aussagen mit einem sehr hohen Repräsentativitätsgrad. Dies liegt wesentlich in der Komplexität des Sachverhaltes „Neuerrichtung“ und „Verlagerung“ begründet und in den Schwierigkeiten, die Mobilitätsströme mit möglichst geringem Aufwand exakt erfassen zu können. Die Bundesforschungsanstalt hat in den zurückliegenden Jahren selbst versucht, den Vollständigkeitsgrad des verwendeten Datenmaterials zu ermitteln und dazu über die Anschriftenverzeichnisse von Industrie- und Handelskammern in verschiedenen Testräumen mehr als 7 000 Betriebe zum Sachverhalt der Betriebsmobilität auf schriftlichem und teilweise auf mündlichem Wege befragt. Diese Ergebnisse bestätigen den hohen Repräsentativitätsgrad des Datenmaterials, der für verschiedene Räume eine Vollständigkeit von bis zu 80 % aller Mobilitätsfälle ergab.

Diese Rückschau soll keinen vollständigen Überblick über die Ansiedlungsergebnisse der vergangenen Jahrzehnte geben. Neben der umfassenden Analyse in den bereits aufgeführten Forschungen zur Raumentwicklung liegen hierzu verschiedene geraffte Darstellungen⁵ vor, so daß es ausreichend erscheint, an dieser Stelle nur einige wenige Aspekte knapp herauszustellen.

Von 1955 bis 1981 wurden rd. 9 800 Industriebetriebe mit zusammen 0,9 Mill. Arbeitsplätzen neuerrichtet bzw. an einen neuen Standort verlagert. Auch wenn ein großer Teil dieser Betriebe zwischenzeitlich wieder stillgelegt worden ist, so haben sie dennoch nachhaltig zur wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen beigetragen. Die Höhepunkte der Ansiedlungen fallen bereits in die späten 50er und die frühen 60er Jahre; und damals kamen in vielen Regionen bis zu 25 % der jährlichen Arbeitsplatzzuwächse auf das Konto der Ansiedlungen. Das regionale Schwergewicht der Ansiedlungen hat zweifelsohne in den Verdichtungsräumen gelegen, und die

Regionen um Stuttgart und Hamburg sind so gut wie in allen Jahren die Anführer des industriellen Mobilitätsprozesses gewesen (seit 1955 jeweils über 40 000 neue Arbeitsplätze durch Industrieansiedlungen). Trotzdem hat der Ansiedlungsprozeß im Sinne raumordnungspolitischer Zielvorstellungen einen wesentlichen Beitrag zur Industrialisierung ländlich strukturierter Regionen geleistet: Während auf 1 000 Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe in Verdichtungsräumen nur 94 Beschäftigte in neuerrichteten und verlagerten Betrieben entfallen, sind es in ländlich geprägten Regionen 139. Allerdings überrascht die Branchenstruktur der angesiedelten Betriebe, da hier im Gegensatz zur Gesamtentwicklung im Bundesgebiet, die bekanntlich seit längerem von erheblichen Arbeitsplatzverlusten bei Branchen mit arbeitsintensiven Fertigungsprozessen charakterisiert wird, am stärksten gerade jene Branchen vertreten waren, die am heftigsten in den Stilllegungssog geraten sind.

9 800 seit 1955 neuerrichtete und verlagerte Industriebetriebe mit 0,9 Mill. Arbeitsplätzen stehen auf der positiven Seite der Bilanz. Für die negative ergeben sich 11 600 Stilllegungen mit etwa 1,3 Mill. verlorengegangenen Arbeitsplätzen. Damit schließt die Gesamtbilanz nach 27 Jahren negativ ab. Auch wenn noch bis zu Anfang der 70er Jahre ein Plus an neuerrichteten Arbeitsplätzen zu verzeichnen war, so hat sich anschließend die Schere zwischen Ansiedlungen und Stilllegungen so drastisch geöffnet, daß mittlerweile auf jeden neuerrichteten Arbeitsplatz vier stillgelegte entfallen.

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung hat sich mit Erscheinen der Veröffentlichung über die Jahre 1980/81 gegen eine Weiterführung der Untersuchungsreihe ausgesprochen. Ein Motiv für diese Entscheidung mag die hohe Arbeitsbelastung der Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit gewesen sein, die die Betriebsstandortentscheidungen bei ihrem Dienstgeschäft ermittelten und anschließend weitere zeitaufwendige Erhebungen bei den betreffenden Firmen durchführen mußten. Zweifellos haben aber die Arbeitsämter bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage wichtigere Aufgaben zu erfüllen, als gerade den Beschäftigtenzahlen einiger neuerrichteter Betriebe nachzujagen. Wesentlicher für die Einstellung dürfte allerdings die Tatsache sein, daß sich in jüngerer Zeit Veränderungen der Beschäftigtenzahlen in großem Stil in den Betrieben vollzogen. Während Neuerrichtungen von Kleinbetrieben buchhalterisch genau erfaßt wurden, blieb der Arbeitsplatzabbau in Betrieben – selbst bei Massenentlassungen – unberücksichtigt, sofern die Betriebe nur weiterhin produzierten. Weil auf diese Weise große Teile der mobilitätsbezogenen Daten im dunkeln blieben, bahnte sich für die Untersuchungen zum Standortwahlverhalten zunehmend die Gefahr an, ein nicht mehr realitätsbezogenes Bild nachzuzeichnen. So wird es zu den künftigen Aufgaben der laufenden Raumbeobachtung der Bundesforschungsanstalt gehören, hier mit neuen Methoden ein wirklichkeitsnahes Bild zu entwerfen.

Klaus Schliebe

5 Vgl. Schliebe, Klaus; Dieter Hillesheim: Das Standortwahlverhalten neuerrichteter und verlagelter Industriebetriebe im Zeitraum von 1970 bis 1979. In: Inform. z. Raumw. (1980) H. 11, S. 611–633.

Vgl. Schliebe, Klaus: Industrieansiedlungen in Deutschland. In: Struktur 11 N. F. (1982) H. 6, S. 153–156.